

21. FEBRUAR 2019

ZEIT MAGAZIN

Vorsicht:
Gelehrtes
Hund!

36

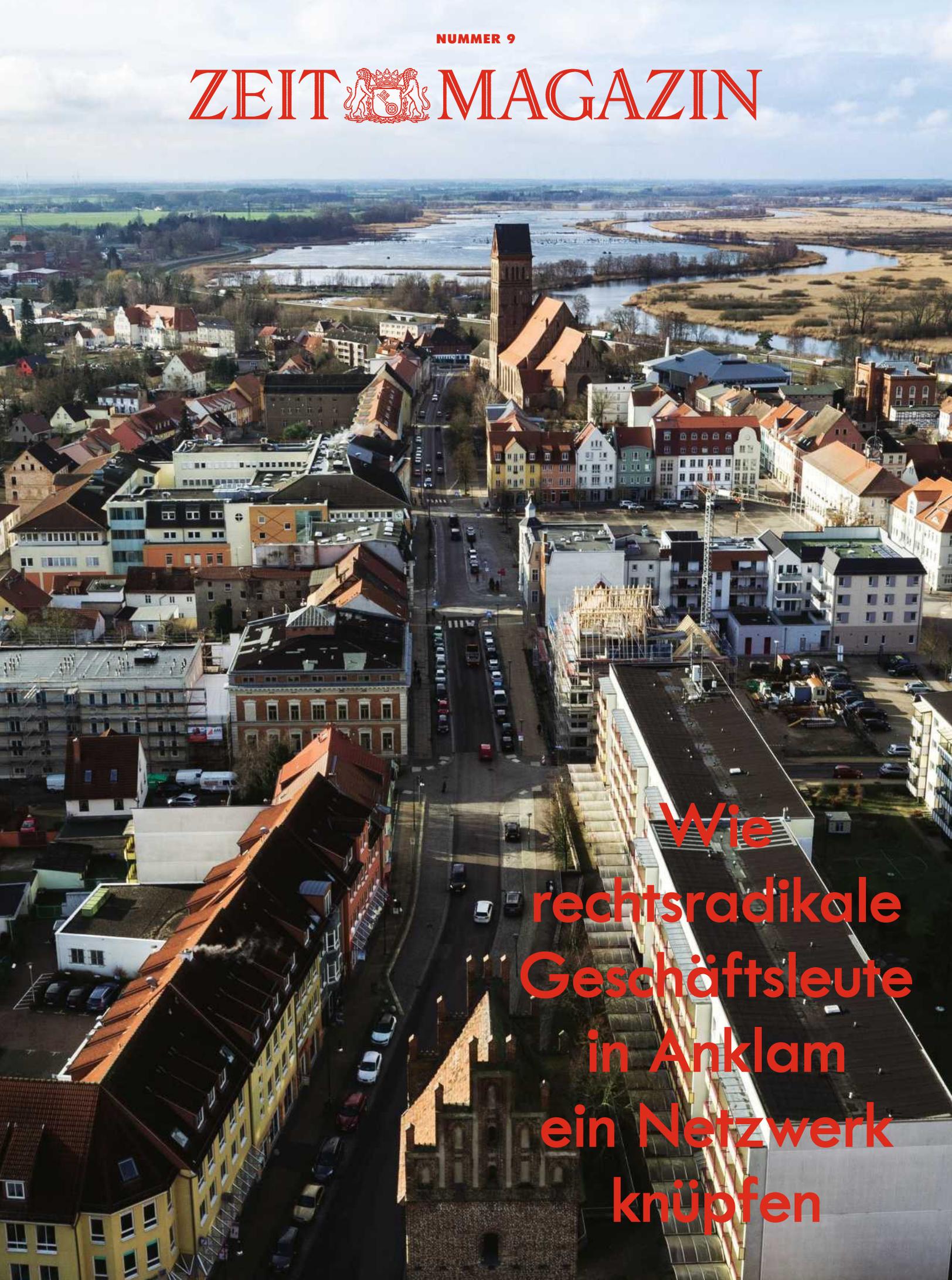


Deutsches
Reich

Eine rechte
Hand
wäscht die
andere

NUMMER 9

ZEIT MAGAZIN



**Wie
rechtsradikale
Geschäftsleute
in Anklam
ein Netzwerk
knüpfen**

Das unsichtbare Netz

Auf den ersten Blick scheint es, als habe der Aufschwung in Anklam die Rechtsextremen fortgespült. Doch es gibt Anzeichen, dass sie sich neue Geschäftsfelder gesucht haben, zum Beispiel in der Baubranche. Die Stadt steckt in einem Dilemma



Der Springbrunnen auf dem Marktplatz von Anklam in Mecklenburg-Vorpommern.
Das Zentrum des Ortes wurde in den letzten Jahren komplett neu aufgebaut

Michael Galander, 49 Jahre alt, der parteilose Bürgermeister von Anklam, hat im ersten Stock des Rathauses die Flügeltüren zum Balkon geöffnet. Von hier schaut er auf das neue Zentrum der Stadt, sein Meisterwerk, Symbol dafür, dass es mit Anklam vorangeht: pastellfarbene Kaufmannshäuser, ein Backsteinbau mit hanseatischem Stufengiebel. Er lässt seinen Zeigefinger die Schaufenster der Läden, die den Platz umrahmen, entlangwandern: Apotheke, Landbäckerei, Modeladen auf der Westseite; Parfümerie, Pizzeria, Steakhaus und zwei Boutiquen an der Ostflanke. Kein Ladenlokal steht mehr leer.

Galander wirkt, als wolle er den Marktplatz umarmen, mit in sein Büro nehmen und als Miniaturversion zu den anderen Souvenirs auf den Schrank stellen. Dort reihen sich Mitbringsel von seinen Reisen aneinander, der Schiefe Turm von Pisa, das Brüsseler Atomium, Londons Big Ben. Galander kommt aus dem Emsland, er zog 1995 nach Anklam, errichtete als Tiefbau-Unternehmer erst die Kreisverkehre und baute dann als Politiker die Stadt neu auf. Bis vor ein paar Jahren standen im Zentrum graue Plattenbauten. 2010 begannen die Abrissarbeiten. Beim Wiederaufbau des Marktplatzes habe man sich Postkarten aus den Jahren vor 1945 zum Vorbild genommen, sagt Galander. Nichts hier ist tatsächlich alt. Das historische Zentrum ist eine Illusion.

Nach der Wiedervereinigung schien das Schicksal der Kleinstadt besiegelt zu sein. Anklam, hoch oben im Nordosten, dort, wo die Peene sich weitert, um fünf Kilometer weiter in einen Meeresarm der Ostsee zu fließen, schien zum Sterben verurteilt: strukturschwach, überaltert, stark schrumpfend. Drei Viertel der Abiturienten verließen ihre Heimat, sobald sie mit der Schule fertig waren. Es gab Jahre, in denen war jeder Dritte in der Stadt ohne Arbeit, mehr als irgendwo sonst im Land. 6000 Einwohner zogen seit 1990 fort. Das Einzige, was zuzunehmen schien, war die Zahl der Rechtsextremen. Wenn über Anklam berichtet wurde, dann meist als Hochburg der Neonazis.

Wen es bei Michael Galanders Amtsantritt 2002 ins Zentrum verschlug, der sah eine Stadt, die sich dem eigenen Verfall zu ergeben schien. »Die Gebäude am Hauptplatz waren in einem desolaten Zustand, Ladenlokale geschlossen oder leerstehend«, sagt er. Touristen hätten hier ratlos nach dem Weg in die Innenstadt gefragt.

Es schien, als einte Anklamer Biografien eines: das Weggehen. Otto Lilienthal wurde hier geboren, zum Flugpionier wurde er in Berlin. Der Schriftsteller Uwe Johnson verbrachte in Anklam seine Kindheit, er starb in der Grafschaft Kent. Doch verfolgt man heute am Gymnasium, wie eine zwölfte Klasse das Thema Heimat diskutiert, erfährt man, dass sich viele vorstellen können, nach dem Abitur in Anklam zu bleiben. Allein 70 bis 80 Prozent der Lehrer, so sagt es der Schulleiter, seien Rückkehrer. Die Arbeitslosenquote hat sich mehr als halbiert. Seit 2014 ziehen mehr Menschen nach Anklam, als die Stadt verlassen. Statt über Menschen, die gehen, spricht man nun von denen, die kommen. Die Lehrerin am Gymnasium, die Altenpflegerin, die einst der Arbeit wegen nach Köln zog, der Koch, der gerade das Steakhaus am Markt eröffnet hat: Sie alle,

sagt Michael Galander, hätten das Gefühl, in Anklam wieder eine Zukunft zu haben.

In drei Jahren soll jenseits des Marktplatzes in einer leer stehenden Kirche das Ikareum eröffnen, ein Erlebnismuseum über Lilienthals Traum vom Fliegen. Vor zwei Monaten hat der Reifenhersteller Continental ein Versuchslabor in Anklam eingerichtet. Hier soll erforscht werden, ob sich russischer Löwenzahn als Alternative zu konventionellem Kautschuk eignet. Zukunft, geschaffen aus den Wurzeln der Pustebäume. Kann es ein schöneres Bild für den Aufschwung geben?

»Ich nehme als Bürgermeister sehr deutlich wahr, dass viele Menschen wieder stolz auf diese Stadt sind«, sagt Michael Galander beim ersten Besuch der Reporter im November. Menschen, die sich noch vor Jahren geschämt hätten, aus einer »braunen Hochburg« zu kommen. Je besser es der Stadt und den Bürgern gehe, desto stärker wendeten sie sich vom Rechtsextremismus und von den anderen Problemen ab, die Anklam gehabt habe.

Wer Galander begleitet, vom Ufer der Peene bis hinunter zum Bahnhof, der begegnet auch zunächst keinen offensichtlichen Spuren jener Zeit Ende der Neunzigerjahre, als die NPD und Neonazis mit NSU-Bezug durch die Straßen marschierten. Längst sind die Plakate verschwunden, auf denen der Kameradschaftsbund Anklam mit Sprüchen wie »Opa war in Ordnung« rechte Propaganda verbreitete. Niemand hat Hass-Slogans an die Hausfassaden gesprüht. Im Stadtkern haben sich gleich drei Büros gegen Rechtsextremismus angesiedelt: der Demokratiebahnhof, der Demokratieladen und das Regionalzentrum für demokratische Kultur.

Ist es so, wie es nach den ersten Begegnungen scheint: Hat der Aufschwung die extremen Rechten fortgespült?

Beim Stadtrundgang kommt Bürgermeister Galander auf der Hauptstraße an einem Pflegedienst vorbei. Eine Zukunftsbranche in Anklam, das Durchschnittsalter liegt bei 53,2 Jahren. Das ist deutlich mehr als der Bundesschnitt von 47. Michael Galander lacht wie ertappt, als die Frage aufkommt, wem der Betrieb gehöre. »Der Pflegedienst ist nicht ganz unumstritten«, sagt er dann. Denn er stehe in Verbindung zu einem stadtbekanntem Rechtsextremen.

In der Sozialkundestunde im Gymnasium waren sich Lehrer und Schüler einig gewesen: Anklam sei überschaubar, verschlafen, nicht sonderlich vielfältig. Aber rechts? Das sei ein böses Vorurteil. Dann aber hatte ein Junge aufgeblickt: »Ich kann das widerlegen«, sagte er und erzählte, dass er schon mehrfach gesehen habe, wie Rechte Bierflaschen auf Menschen warfen, die sie für Migranten hielten. Zwar wählten bei der Bundestagswahl 2017 nur noch vier Prozent der Anklamer die NPD, elf Jahre zuvor hatte die Partei es auf dem Höhepunkt ihres Erfolgs auf 16 Prozent gebracht. Nun aber wählten 23 Prozent die weniger radikale AfD – in einigen Dörfern der Region waren es sogar mehr als 40 Prozent. Im Gemeinderat ist die NPD seit 2004 vertreten, bei der letzten Kommunalwahl kam sie auf neun Prozent. Wer genau hinsieht, findet im Zentrum von Anklam »Heil Hansa!«-Graffiti, der Ruf, mit dem rechte



Hansa-Rostock-Fans im Stadion auffallen. Das Jugendzentrum Demokratiebahnhof wurde 2017 mit einem Molotowcocktail angegriffen, auch das Auto des Leiters brannte.

An einem Ende der Hauptstraße, am westlichen Rand der Innenstadt im Erdgeschoss eines sanierten Altbaus, gibt es ein Geschäft, das sich New Dawn nennt. Von außen wirkt der Laden mit seinen blickdicht verhangenen Schaufenstern unscheinbar. Der Verkaufsraum ist mit rechtsextremen Symbolen und Werbung für Szenebands dekoriert. Das New Dawn ist ein extrem rechter Traditionsbetrieb. Trotzdem gratulierte die Industrie- und Handelskammer 2013 dem Inhaber Markus Thielke zum 15. Firmenjubiläum.

Vor drei Jahren hat der Geschäftsmann außerdem das ehemalige Bahnhofshotel an der Hauptstraße gekauft. Heute befindet sich in dem Gebäude der Pflegedienst, den Galander »umstritten« nennt. »Natürlich sind einige Personen mittlerweile integriert in das wirtschaftliche Leben. Auch die NPD-Anhänger müssen irgendwo ihr Geld verdienen«, sagt der Bürgermeister. In diesen Momenten denkt man, er habe offenbar in 17 Jahren gelernt, über die schlimmen Ecken Anklams sehr deutlich zu sprechen. Aber dann, nur wenige Schritte weiter, wechselt er abrupt das Thema, um doch lieber auf die positiven Errungenschaften seiner Stadt hinzuweisen: »Also wir haben diverse Ampelanlagen zurückgebaut und uns eben bewusst dafür entschieden, diverse Kreisverkehre zu errichten, die alle ein Thema haben.« Hier, direkt am mittelalterlichen Steintor, umfahren die Autos Wappen der Anklamer Partnerstädte, es ist der »Partnerschaftskreisel«. Galander nennt das die Kreiselphilosophie, nach dem Motto »In Anklam geht es rund«.

Welches Bild von Anklam ist nun das wahre? Was ist aus den extremen Rechten geworden, von denen man so lange dachte, sie bedrohten das Zusammenleben in der Stadt? Man mag nicht so recht glauben, dass sie sich genau wie die grauen Fassaden wegsanieren ließen.

Rechte Szeneshops findet man in vielen Städten. Auch mit Tattoostudios, Sicherheitsfirmen oder kleinen Plattenlabels versuchen Neonazis seit Langem ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Aber es gibt eine neue Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern, die meldete der Verfassungsschutz des Bundeslandes in seinem Jahresbericht 2017, veröffentlicht vorigen Sommer: Neonazis stoßen in andere Geschäftsfelder vor. »Bevorzugte Branche der selbständig tätigen Rechtsextremisten ist der gesamte Baubereich«, heißt es da. Das bedeutet: Ein neues Wirtschaftsgeflecht entsteht. Und das bringt neue Geldquellen. Fragt man Galander danach, sagt er, man könne nicht gänzlich vermeiden, »dass sich auch diese Strukturen in gewisser Weise weiterentwickeln«. Die Szene sei deutlich unauffälliger als noch vor einigen Jahren. »Und das ist natürlich schwerer zu kontrollieren.«

Sucht man online nach »Handwerker Anklam«, landet man auf einer Seite, die digitale Visitenkarten von einem halben Dutzend Handwerksbetrieben aus der Region bündelt: Abrissunternehmen, Dachdecker, Maurer, Gärtner, Hausmeister, ein Bauunternehmer. Die Seite verspricht »Problemlösung aus einer Hand«. Erste Kontaktaufnahmen scheitern: Mit Journalisten wollen die Männer hinter den Visitenkarten offenbar nicht reden. Mails, Anrufe und Kurznachrichten bleiben unbeantwortet.

Fährt man an einem Werktag die Adressen der Betriebe ab, ahnt man, was der Grund für die Reserviertheit sein könnte. An ei-



nem Eingang hängt ein Metallschild, auf dem »Reichsgrenze« steht. Eine historische Pommern-Flagge ist gehisst – so als hätte es die Grenzziehung nach 1945 nicht gegeben. Ein Firmensitz wird von kläffenden Kampfhunden bewacht. Keine Reaktion, wenn man klingelt. Auf einem anderen Hof parkt ein Auto, auf dessen Heckscheibe große Klebebuchstaben verkünden, dass der Halter morgens zur Arbeit fahre, um für Arbeitslose, Flüchtlinge und »Deppen in den Parlamenten« den Lebensunterhalt zu verdienen. Das fügt sich ein in die Details, die an den Firmenauftritten erst auf den zweiten Blick auffallen: Frakturschrift, eine E-Mail-Adresse, in der neben dem Namen des Handwerkers auch das Kürzel »88« untergebracht ist, ein Code für »Heil Hitler«. Am Ende einer holprigen Straße aus Feldsteinen im Dörfchen Salchow führt der Bauunternehmer Alexander Wendt als Ansprechpartner für handwerker-anklam.de seinen Betrieb. Von hier steuert er seine Firma für Bauleistungen: Innenausbau, Montageservice, Raumausstattung. Hinter seinem Haus, in der Scheune, traten in der Vergangenheit Rechtsrock-Bands wie »Schlachtruf Germania« und »Tätervolk« auf. Auf dem Firmengelände fand im Herbst 2017 das größte Neonazi-Konzert Mecklenburg-Vorpommerns statt. Das Gebäude gilt seit Jahren als »Nationales Wohnprojekt«, gegründet vom Besitzer des Szeneladens New Dawn. Die NPD hatte hier ihr Wahlkreisbüro, der heutige Bewohner Wendt war Mitarbeiter eines Landtagsabgeordneten der Partei.

Wendts Wohn- und Unternehmenssitz ist ein Knotenpunkt im Netz der extremen Rechten im Nordosten der Republik. Könnte man dieses Netz sehen, würde sich ein Faden zum Szeneladen von Markus Thielke ziehen, der das »Wohnprojekt« einst gegründet haben soll. Ein anderer führte ins Zentrum der Stadt – bis zu einem Flachbau am östlichen Ende der Anklamer Hauptstraße. Dort hängt ein Briefkasten mit dem Namen Hamisch & Wendt GbR Grundstücksgemeinschaft. Zu DDR-Zeiten standen die Anklamer hier in der Konsum-Kaufhalle für Lebensmittel an. Heute nennen die Besitzer den mit Wellblech verkleideten Zweckbau Haus JugendStil. Die Tür ist offen. Drinnen lässt sich auf wenigen Quadratmetern die Ideologie besichtigen, mit der Wendt sympathisiert: Eine NPD-Fahne. Eine als »Pommersche Volksbücherei« bezeichnete Zusammenstellung von NS-Literatur, verkauft werden *Reden des Führers* und ein Zigarettenbilder-Sammelalbum über den *Raubstaat England*. An der Wand Rudolf Heß, gerahmt. Alexander Wendt gehört die Immobilie zur Hälfte, so erfährt man es aus den Grundbuch-Akten. Die andere Hälfte besitzt der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Enrico Hamisch, zu den Geschäftsbeziehungen äußert er sich auf Anfrage nicht. Neben Lesecke und Veranstaltungssaal zwängen sich in den Gewerbebau ein rechter Versandhandel, der Kaffeebecher mit dem Aufdruck eines Wehrmachtssoldaten und Reichskriegsflaggen anbietet, eine Anwaltskanzlei, ein Rechtsrock-Musiklabel – und die Landeszentrale der NPD.

So verborgen die politische Gesinnung bei den »Problemlösern aus einer Hand« für den Kunden auch sein mag, so unverhohlen wird sie hier präsentiert. Nun könnte man einwenden: Solange Handwerker wie Wendt und seine Kollegen ordentlich bauen,



Dächer neu decken oder Hausmeisterdienste erledigen, kann die Gesinnung Kunden und Stadt doch egal sein. Viele in Anklam betonen zudem, dass sie hofften, anständige Arbeit werde aus den Rechten verantwortungsvolle Demokraten machen.

Doch so einfach ist es nicht. Laut Verfassungsschutzbericht sind die Firmen ein unternehmerischer Arm der extremen Rechten. Nachdem die NPD nicht mehr in den Landtag gewählt wurde, sei die Finanzierung des Milieus erheblich schwieriger geworden, deshalb sei die Szene auf der Suche nach anderen Geldquellen. Eine davon: der Bausektor.

Allein im Landkreis Vorpommern-Greifswald, zu dem Anklam gehört, sind nach Recherchen von WDR, *ZEITmagazin* und *ZEIT ONLINE* mindestens 22 Betriebe im Besitz von Personen mit Kontakten in die rechtsextreme Szene. Sie sind in den verschiedensten Branchen aktiv, gestalten Websites, pflegen Bäume, fotografieren Familienfeiern, entrümpeln Wohnungen.

Der sächsische Verfassungsschutzchef Gordian Meyer-Plath warnte schon vor sechs Jahren, dass Rechtsextreme nach Wegen suchten, »in der Gesellschaft zu wirken und gleichzeitig ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können«. Die einen gäben Reitstunden, die anderen versuchten sich als Biobauern. Sie richteten ihr Angebot nicht unbedingt nur an Rechtsextremisten, sondern öffneten ihren Kundenkreis, »um Einflussmöglichkeiten außerhalb der Szene zu gewinnen«. In Thüringen beobachteten die Sicherheitsbehörden neuerdings, dass Neonazis ihre steigenden Einnahmen aus Rechtsrock-Konzerten in Immobilienkäufe investieren und so eine Infrastruktur für eigene Gewerbeprojekte schaffen. Viele der von Rechtsextremen gegründeten Firmen sind Ein-Mann-Betriebe und Kleinunternehmen; Riesengewin-

ne werfen die meisten Neugründungen wohl nicht ab. Die Firmen bieten der rechten Szene aber zwei große Vorteile: Kameraden erhalten Stellen, müssen die Region also nicht verlassen. Und im Gegensatz zu Vereinen oder Parteien können die von Privatpersonen geführten Unternehmen nicht einfach verboten oder von Nachrichtendiensten beobachtet werden.

Wie wichtig den Rechtsextremen diese Entwicklung ist, lässt der Aufwand erahnen, den sie betreiben. Um stabilere Strukturen aufzubauen, gründeten NPD-Lokalpolitiker zusammen mit Aktivisten aus der Neonazi-Szene vor zweieinhalb Jahren in Mecklenburg-Vorpommern die erste rechtsextreme Genossenschaft der Bundesrepublik. Nach dem Vorbild großer Genossenschaften wie der Volks- und Raiffeisenbanken wollten sie gemeinsam Immobilien erschließen und Firmen aus der Szene fördern. Das Experiment scheiterte am Genossenschafts-Prüfverband: Er schloss die Rechtsextremen aus. Die Unternehmen aber bestehen weiter.

In Mecklenburg-Vorpommern lässt sich beobachten, wie die Firmen für politische Aktivitäten genutzt werden: Der Besitzer eines Montagebetriebs chauffierte Besucher mit seinem Firmenwagen zum »Schild & Schwert«-Musikfestival, auf dem sich viele Rechtsextreme treffen. Eine Fotografin lichtet im Hauptberuf Hochzeitspaare ab, am Wochenende für die Szene aber Rechtsrock-Konzerte und Neonazi-Kampfsportevents. Ein Werber aus Vorpommern programmiert die Websites für Mitglieder des Anklamer Handwerker-Netzwerks und drehte auch Videos von NPD-Demos für die Partei. Bei einem Anbieter von Ferienwohnungen gibt es Rabatt »für Brüder und Schwestern alter Sitten und Werte«.

Ein Abend kurz vor Weihnachten, vier Wochen nach dem ersten Treffen mit Bürgermeister Michael Galander. Auf dem Marktplatz leuchten die Lichter des haushohen Christbaumes. An der Wand neben Galanders Schreibtisch hängt ein goldenes Kreuz, gegenüber ein Plakat, »Kein Ort für Neonazis«. Galander begreift das als Aufforderung – gewonnen ist die Auseinandersetzung noch nicht. Vor Kurzem wurde Galander auf einem Treffen von lokaler Polizei, Staatsschutz und Verbänden informiert, dass sich Betriebe bekennender Rechtsextremer in seiner Stadt vernetzen. Er weiß jetzt von »Handwerker Anklam«. Das gemeinsame Auftreten »war für uns neu«, sagt er. »Hier wird suggeriert: Da sind zuverlässige deutsche Handwerksfirmen, die noch das traditionelle Handwerk machen – gute Qualität zu moderaten Preisen. In Wirklichkeit sind es aber alles Geschäftsinhaber von Unternehmungen, wo zumindest die Inhaber alle dafür bekannt sind, dass sie mindestens der rechtsextremen Szene angehört haben, möglicherweise aber auch heute noch ganz offensiv angehören.«

Galander ist nachdenklich an diesem Abend. Er ist stolz darauf, dass die Rechten nicht mehr marschieren, »mit großem Getöse«, wie er sagt. Aber an Abenden wie diesem wird ihm klar, dass das Problem damit nicht unbedingt kleiner geworden ist. »Jetzt leben sie unter uns«, sagt Galander, er meint: als anständige Bürger, als Arbeitgeber. »Und wir müssen gucken, wie wir damit umgehen.« Einen Masterplan hat er nicht. Auch Rechte haben das Recht darauf, Firmen zu gründen, Geld zu verdienen. Er könne ver-

meiden, dass sie städtische Aufträge erhalten oder kommunale Immobilien beziehen, das ja, sagt Galander. Aber wie weiß er, wer die Demokratie akzeptiert und wer sich ihr entgegenstellt? Wo verläuft die Trennlinie? Und ist politische Überzeugung nicht Privatsache?

Beim Blick von seinem Balkon auf die Stadt hatte Michael Galander im November ein Unternehmen besonders gelobt: das Steakhaus Flex, eröffnet am 3. Oktober 2018, »ein bisschen symbolisch am Tag der Deutschen Einheit«, wie es Galander nannte. Das Restaurant befindet sich in einem Neubau mit einem Stufengiebel wie in alten Hansehäusern, es locke Gäste in die Stadt. Das Flex ist ein helles Lokal mit bodentiefen Fenstern und offener Küche. Historische Schwarz-Weiß-Fotografien vom Anklamer Marktplatz schmücken die Wände, goldene Tischsets liegen aus, die Steaks werden mit Balsamico-Spritzern garniert. Die Gäste können zwischen 40 Whisky-Sorten wählen.

Der Inhaber Felix Bräsel hat in den Küchen von Usedom gearbeitet, in der Schweiz, in Österreich, in Italien, er fuhr zwei Jahre zur See. Bräsel ist gebürtiger Anklamer. Mit ihm, sagt er, seien alle, »die bei Sinnen waren«, damals abgehauen, um woanders eine bessere Zukunft zu suchen. Nun ist Bräsel zurückgekehrt, er hat ein Kind, das er in der Heimat großziehen will. Die Stadt, die ihm das Ladenlokal vermietet, glaubte an sein Konzept zur Belebung des Marktplatzes. Ein Rückkehrer, der sich »den Traum von der Selbstständigkeit erfüllt hat«, sagt der Bürgermeister, »da sind wir natürlich richtig stolz drauf«.

Galander trifft sich Ende November zum ersten Probeessen mit Jan Poleske im Flex. Poleske ist 45 Jahre alt. Er trägt eine schwarze Steppjacke, darunter eine Lodenjacke, er ist auch ein Rückkehrer und so etwas wie die wirtschaftliche Eminenz der Stadt. Ihm gehören ein Altenheim, ein Autohaus, ein Restaurant und eine Investitionsgesellschaft. Gerade saniert er in der Innenstadt das ehemalige Kaiserliche Postamt, um daraus ein Boutiquehotel zu machen, den Anklamer Hof.

Damals, als Michael Galander als Parteiloser für das Bürgermeisteramt kandidierte, war Poleske einer der Unternehmer, die ihm Rückendeckung gaben. Wenn man hören will, wie die bürgerliche Mitte der Stadt denkt, fragt man am besten Poleske. »Was nehmen wir?«, fragt Poleske. »Argentinisches Rind?«

»Nee, das kannst du nicht machen«, rüffelt der Bürgermeister.

»Sondern Pommern?«, fragt Poleske.

»Klar, wenn, dann müssen wir auch das Pommern-Rind nehmen!« 150 Gramm für den Bürgermeister? Ein Schnitt, salzen, auf den Grill. Bräsel, 30, tätowierter Unterarm, schwarzes Polohemd, kocht routiniert. Das Fleisch komme aus der Umgebung, bewusst, damit »meine Heimat auch florieren kann«. Auf den Punkt, auf den Teller. Rosa, mit Rosmarin.

»Wirklich gut«, lobt Galander. »Eine Bereicherung für Anklam.« Jan Poleske zerteilt zufrieden sein Steak. Noch ein Beleg dafür, dass es aufwärtsgeht mit seiner Stadt. Dann erzählt er: Er kenne eine Neu-Anklamerin, eine promovierte Biochemikerin, die fast die angebotene Stelle abgelehnt hätte, weil sie Sorge hatte, in einer rechten Hochburg zu landen. »Vorurteile«, sagt Poleske. »Wir sind nicht rechter und wir sind nicht linker als irgend-



welche anderen Regionen. Sondern ganz im Gegenteil: Wir sind fortschrittlicher.« Es gebe Probleme mit Rechtsextremisten, aber auch mit Linksextremisten. Kurz schweigt Galander. Er kaut. Er schluckt. Dann hält er dagegen. »Ich würde widersprechen«, sagt er. »Ich mache das nicht gerne. Aber wir sind schon in einem Landstrich, in dem wir, was den Rechtsextremismus angeht, mehr Probleme haben als in anderen Regionen Deutschlands.« Jan Poleske würde das Gespräch gern in eine andere Richtung lenken. »Wir wollen den Blick nach vorne richten«, sagt er. Die beiden einigen sich darauf, dass der Dialog der Schlüssel zum Erfolg gegen die Rechtsextremen sei. »Wir haben zu viele pauschal in eine Schublade gesteckt. Haben gesagt, dann grenzen wir die eben aus«, sagt Galander. »Dass wir mal irgendwo ins Gespräch kommen, das hat es ja über viele Jahre nicht gegeben.« Poleske und Galander leeren ihre Rotweingläser. Sie verabschieden sich. Es ist spät geworden. Felix Bräsel putzt die Küche, jetzt nur noch die Abrechnung. Feierabend ist selten vor Mitternacht. Ob es in seinem Freundeskreis Rückkehrer gebe? Einen, sagt Bräsel, aber der sei nie weiter als nach Usedom gekommen. Auch er führe jetzt eine Gaststätte in Anklam.

Ein Wegweiser leitet die Besucher vom Marktplatz dorthin: Das Restaurant Zum Klosterbruder liegt nur 50 Meter weiter in einer Seitenstraße. Enrico Arndt hat es vor sechs Jahren übernommen und vor der Schließung bewahrt. Seither wirbt Zum Klosterbruder mit gutbürgerlicher Küche. Als die Stadt Anklam vergangenen Sommer zur »Nacht der Wirtschaft« einlud, eröffnet von einem Parlamentarischen Staatssekretär der Landesregierung, stand auch Zum Klosterbruder auf dem Werbeflyer. Stolz hat der junge Wirt die Einladung auf die

Facebook-Seite seines Restaurants gestellt, zwischen Fotos seiner Köstlichkeiten und Selfies aus der Küche. Arndt steht am Buffet, Arndt dekoriert eine Torte. Eine Aufnahme zeigt den Wirt beim Brotbacken. Er trägt ein T-Shirt mit der Aufschrift »Brainwash« – eine Rechtsrock-Band, die dem NS-Hardcore zugerechnet wird.

Enrico Arndt likt auf Facebook Veranstaltungen im NPD-Haus JugendStil, das auch der Handwerker-Vernetzer Alexander Wendt betreibt. Die beiden Unternehmer verbindet noch mehr: Sie sollen nicht nur der NPD, sondern auch dem Kameradschaftsbund Anklam angehört haben. Die 1996 gegründete Gruppe ist eine einflussreiche Neonazi-Organisation in der Kleinstadt, sie schottet sich nach außen ab. Sicherheitsbehörden zählen eine Reihe extrem rechter Unternehmer im Raum Anklam zum Personenkreis der Kameradschaftsbund-Mitglieder. Auf Nachfrage äußert sich Arndt zu alledem nicht.

Auf Facebook kommentiert er begeistert Fotos mit Männern aus dem Umfeld der rechtsextremen Organisation, die seit Jahren im Verfassungsschutzbericht aufgelistet wird. »One family!!!«, schreibt er unter ein Gruppenbild mit dem Handwerker Wendt und anderen Kameraden – seine politische Familie? Einen anderen Schnappschuss, aufgenommen im Restaurant Zum Klosterbruder, kommentiert ein Kumpel mit: »Schöne Skins«. Und Arndt erwidert: »Super Haufen«.

Am Klosterbruder-Wirt Arndt zeigt sich das Problem von Anklam: Rechtsextreme sind hier nicht nur Nazis, sondern auch Schulfreunde, Cousins oder Nachbarn.

Manche wollen gar keinen Dialog. Ein solcher Verweigerer ist Markus Thielke, der Inhaber des Szeneladens in der Hauptstraße.



HANSA
ZONE

Er ist neben Alexander Wendt eine zweite Schlüsselfigur im rechten Unternehmer-Netz. Beide kommen aus dem Kameradschaftsbund Anklam. Fragen der Reporter zu ihrem politischen Engagement beantworten die zwei Unternehmer ebenso wenig wie Fragen zu ihren Geschäften. Im Gegensatz zu Wendt hält Thielke sich verborgen. Obwohl er seinen Laden seit mehr als zwei Jahrzehnten führt, findet man keine öffentlichen Fotos von ihm, nie posierte er bei Veranstaltungen. Dem 45 Jahre alten Unternehmer gehört auch ein Musiklabel, das Rechtsrock produziert. Außerdem betreibt er einen Online-Versand, dort findet man Blechschilder mit dem Schriftzug »Reichsgrenze«, er verkauft Alben von »Gigi und die braunen Stadtmusikanten«. Die Band hatte ein Jahr vor der Enttarnung des NSU in ihrem Song *Döner-Killer* dessen Mordserie gefeiert.

Es überrascht, dass niemand einschritt, als Markus Thielke vor drei Jahren das ehemalige Bahnhofshotel in bester Anklamer Lage erwarb. Denn eigentlich lief das der neuen Strategie der Stadtverwaltung zuwider. Bereits 2007 kauften Alexander Wendt und sein Partner Enrico Hamisch, beide NPD-Lokalpolitiker, die frühere Kaufhalle an der Anklamer Hauptstraße. Damals ein Skandal, über den bundesweit berichtet wurde. Seitdem will der Bürgermeister Galander verhindern, dass weitere Immobilien in der sanierten Innenstadt an Rechtsextreme verkauft werden.

Gerade erst, erzählt er, habe er solch ein Geschäft abgewendet. Ein Haus mit Hotel und Restaurant an der Hauptstraße sei auf dem Markt gewesen. Kaufinteressent: Enrico Arndt, der Klosterbruder-Wirt. Galander bekam rechtzeitig einen Tipp, er schritt ein und gab dem Verkäufer die Garantie, dass notfalls die Stadt einspringen werde: »Bevor du es dem verkaufst, kaufen wir es.« Er wirkt entschlossen. Aber nicht immer gibt es für Galander legale Wege, Verkäufe an Rechte zu verhindern. Umso lauter er die Immobilien seiner Stadt gegen solche Interessenten verteidigt, desto offensichtlicher wird das Problem: Mit jeder Auseinandersetzung, die er vom Rathaus aus führt, riskiert er eine Schlagzeile über Rechte, die nach Einfluss in der Stadt greifen. Vielleicht stellt sich Galander auch deshalb nicht mit letzter Konsequenz gegen jedes Unternehmen, das mit der rechten Szene verwoben ist.

So war es wohl beim Verkauf des ehemaligen Bahnhofshotels an den Betreiber des rechtsextremen Szeneshops. Aus dem Hotel ist eine Seniorenwohnanlage geworden: »Wenn dort mehrere hunderttausend Euro investiert werden, dann ist das zu akzeptieren.« Immerhin passiere etwas: »Dort sind Leute in Arbeit und Beschäftigung. Und dann ist es für mich zunächst einmal zweitrangig, wer diese Immobilie erworben hat, weil wir es ohnehin nicht verhindern konnten.« In diesem Moment klingt Galander gar nicht entschlossen. Eher wie jemand, der sich bis zu einem gewissen Punkt mit den Gegebenheiten arrangiert.

Der Verfassungsschutz in Schwerin, der als Frühwarnsystem im Land dienen soll, führt das Gebäude nicht in einer Liste brauner Szene-Immobilien, die das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern im Herbst neu vorgelegt hat. Begründung: Die Liste umfasse nur Gebäude, die auch politisch genutzt werden. Damit aber handelt der Verfassungsschutz seiner eigenen Einschätzung zuwider. Hatte er doch selber festgestellt, dass Rechtsextreme



zunehmend unpolitische Investitionen nutzen, um ihren Einfluss zu mehren. Und um Geld für die Bewegung zu erwirtschaften.

Wer kümmert sich nun um die Beobachtung der Szene? Zurück auf die Hauptstraße, die die Anklamer Innenstadt durchzieht: Dort sitzt, im zweiten Stock eines Bürohauses, das Regionalzentrum für demokratische Kultur, die offizielle Beratungsstelle des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Sachen Rechtsextremismus. Zu seinen Nachbarn in der Innenstadt gehören Betriebe aus dem rechtsextremen Netzwerk.

Delphine Wollenberg ist die Leiterin der Beratungsstelle. Das rechtsextreme Firmennetzwerk hält sie für gefährlich. »Diese Unternehmer sind durch und durch politisch«, sagt sie. »Sie legen ihre Gesinnung nicht ab, wenn sie sich morgens den Blaumann anziehen.« Wie könnte die angemessene Reaktion darauf aussehen? Eine schwierige Frage, sie führt in eine Grauzone. Das Regionalzentrum hat dazu keine Debatte in Anklam angestoßen. Es ist kein Verein, der gegen rechts aktiv wird, sondern eine Beratungsstelle. Laut Statut dürfen die Mitarbeiter nur im Ausnahmefall von sich aus eingreifen. Sie sollen warten, bis Lehrer, Ausbilder oder Verwaltungsangestellte Beratung erbitten. Ob ihr Team schon wegen des Firmennetzwerks aktiv geworden ist oder noch auf einen Anruf wartet, dazu schweigt Delphine Wollenberg. Sie äußere sich grundsätzlich nicht zu solchen Fragen.

An einem kalten Januartag dann das zweite Treffen mit Jan Poleske, in seinem Jagdrevier, zehn Autominuten vom Anklamer Rathaus entfernt. Es ist kurz vor sieben. Langsam drängt der Tag durch die Baumwipfel. Tief eingegraben in seinen waldgrünen Mantel, sitzt Poleske in seinem Versteck. Weiß



er eigentlich von dem rechten Unternehmernetz? Was will er dagegen tun? Jetzt, im Jagdstand, vergleicht er die Neonazis mit Alkoholikern. Kranke Menschen seien das, denen man helfen müsse. Eine Epidemie aber sieht er, der im Anklamer Wirtschaftsleben die meisten kennt, nicht.

Ob er von dem rechten Handwerkerverbund gehört habe? »In dieser Richtung ist mir nichts bekannt«, sagt Poleske. Doch zu Ohren kommen würde es ihm, der so viele Handwerker beschäftigt, sicher schon? »Das würde bei uns ankommen. Aber nun kenne ich ja auch nicht jeden Einzelnen.« Auf die Frage, ob er sich vorstellen könne, dass es in seiner Stadt ein rechtsextremes Netz gebe, antwortet er: »Wenn sich herausstellt, dass sich Kräfte mobilisieren, die zum nachhaltigen Ziel haben, solche Sachen zu forcieren, dann muss dem natürlich Einhalt geboten werden.« Ein »Aber« muss bei Poleske immer mitgedacht werden. Poleske glaubt nicht an die rechte Mobilisierung. Es zuckt zwischen den Bäumen. Eine Rotte Wildschweine bricht durchs Unterholz. Poleske zieht das Gewehr ans Auge, fixiert, nimmt die Bewegung der Tiere auf. Drückt ab. Eine Kugel jagt in den Keiler. »Der liegt mausetot.«

Jan Poleske wuchtet »das Stück Wild« auf die Ladefläche seines Jeeps. Ein halbes Jahr alt, 30 Kilo schwer. »Jagd vorbei, Halali.« Poleske ist ein Konservativer. Er kritisiert Angela Merkels Flüchtlingspolitik heftig, hätte gerne Friedrich Merz an der CDU-Parteispitze gesehen. Er fremdelt mit dem Islam. Aber ein Rechtsextremist ist er ganz sicher nicht. Poleske ist vor allem jemand, der sich seinen Anklamer Aufschwung nicht zerreden lassen will. »Ich sehe, dass unsere Heimat im Verhältnis zu anderen Regionen im Wachstum begriffen ist«, sagt er.

Man kann sich denken, warum viele Anklamer der Warnungen vor Rechts müde geworden sind. Der Zusatz »rechte Hochburg« wurde über Jahre in jedem Bericht über die Stadt verwendet, inflationär, wie ein Vorname. Man ahnt, dass hinter vielen Beschwichtigungen vor allem der Wunsch steckt, sich an der sanierten Innenstadt zu erfreuen, an den Kindern, die früher gingen und heute zurückkehren, an dem Weltkonzern, der in Anklam Öko-Reifen erforscht. Aber wird die demokratische Mitte der Stadt den Moment erkennen, in dem es nicht auf den Ruf und die Ruhe ankommt, sondern darauf, entschlossen zu handeln?

In Anklam droht aus den Strategiepapieren, die in der Szene seit Jahren kursieren, Wirklichkeit zu werden. »Wer die Möglichkeit hat, soll sich selbstständig machen und Kameraden in seinem Betrieb einstellen.« Aus dieser Forderung, die ein westdeutscher Neonazi 2009 in seinem Manifest *Leitlinien für Deutsche* aufgestellt hat, ist in Anklam offenbar ein existierendes Netzwerk geworden – mit Kunden, Angestellten und Internetpräsenzen. Sie haben sich in dem verhassten »System« eingerichtet.

Es dauert, bis jemand aus der rechten Szene reden will, über das, was in Anklam vor sich geht. Michael Andrejewski saß für die NPD im Schweriner Landtag, mittlerweile vertritt er die Partei nur noch im Anklamer Stadtrat und im Kreistag. Als Lokalpolitiker kritisierte er nicht nur die Pläne für ein neues Schwimmbad, sondern machte in den vergangenen Jahren immer wieder Stimmung gegen Asylbewerber, minderjährige Flüchtlinge oder ein angeblich in der Kleinstadt geplantes »Migrationszentrum« für, wie er abfällig sagt, »Fluchtsimulanten«. Seine Rechtsanwaltskanzlei hat sich im Haus JugendStil eingemietet, als Nachbar der Landes-NPD.

Andrejewski bestellt sich in der Stadtbäckerei einen großen Kaffee, aus den Fenstern blickt er hinaus auf den Marktplatz. »Das neue Anklam ist eine Halbwahrheit.« Die Stadt habe sich verändert, es gebe mehr Arbeit, Baufirmen könnten sich vor Aufträgen nicht retten. »Das stimmt alles«, sagt er. Aber der neue Rathausmarkt bringe doch nicht »die große geistig-politische Wende«. Die Leute äßen in der Gaststätte, auch wenn der Wirt ein Rechtsextremer sei. Wenn es ins Haus reinregne, hole man sich halt den Dachdecker, auch wenn der in der Kameradschaft sei. Es scheint, als sei es für ihn ein Erfolg, dass sich die Stadt an die extremen Rechten in ihrer Mitte gewöhnt hat. »Mittlerweile läuft das so: Ich weiß zwar, wie du denkst, aber solange du das nicht zu sehr raushängst, ist es egal«, sagt Andrejewski. Die Unternehmer hielten sich also mit politischen Äußerungen lieber zurück. Daher komme der Eindruck, die NPD-Anhänger seien aus Anklam ausgewandert.

Ist das die Dampfplauderei eines Rechtsextremen? Fest steht: Noch überziehen die Knoten des rechten Netzes die Stadt nur lose. Doch die Struktur verfestigt sich. Dem Bürgermeister Galander ist es unangenehm, dass die Geschichte des neuen Anklangs nicht ohne die Thielkes und Wendts auskommt. Dass die Rechtsextremen auch in Zeiten des Aufschwungs mehr sind als Fußnoten einer vergangenen Zeit. Und die Probleme tauchen auch dort auf, wo der Bürgermeister sie nicht vermutet. Zum Beispiel am Abend im Steakhaus, als er mit Jan Poleske Pommern-Rind bestellte. Es begann mit einer Mail: an Michael Galander gerichtet, von einem Bürger, dessen Beobachtungen er ernst nehme, wie er sagt. Darin der Vorwurf, dass auch Felix Bräsel, der Inhaber des Steakhauses, mit Rechtsextremen befreundet sei. Galander drehte das Display in Poleskes Richtung. Der las, atmete laut und sagte: »Das sind Sachen, die natürlich nicht gehen.«

Als sich der Bürgermeister und der Investor bei Felix Bräsel verabschiedeten, bemerkte Galander beiläufig, dass er bald ein Gespräch über eine »nicht so schöne Mail« mit ihm führen müsse. Nun, einige Wochen später, haben sich Bräsel und Galander getroffen, eine gute Stunde über die Anschuldigungen gesprochen. »Er hat dazu gestanden, dass er in seiner Ausbildung Kontakt hatte zur rechtsextremistischen Szene«, sagt Galander. Aber Bräsel beteuere, dass er sich geändert habe. Das könnten diejenigen, die sich tagtäglich mit der Bekämpfung des Rechtsextremismus beschäftigen, nicht akzeptieren, sagt Galander: »Wenn einer einmal in dieser Kameradschaftsszene drin war, dann haftet ihm das ein Leben lang an. Das ist ein Stempel, den der aufgedrückt bekommt.« Das sei eine Bestrafung auf Lebenszeit, »die auch nicht gut ist für das gesellschaftliche Miteinander in einer Stadt«. Bräsel will darüber mit den Reportern an seinem Ruhetag sprechen. Am Anfang war das Steakhaus sieben Tage in der Woche geöffnet, nun gönnt er sich einen freien Sonntag. Tatsächlich habe er in der Vergangenheit Freunde gehabt, die der rechtsextremen Szene angehört hätten, sagt er. Er kenne die immer noch. Aber wieso solle er dafür jahrzehntelang angeprangert werden? »Mich stören eher die Leute, die es immer wieder hochholen. Das sind für mich diejenigen, die keine richtigen Aufgaben haben im Leben. Ich meine, statt in der Vergangenheit

zu wühlen, könnten sie sich ja mal der Zukunft widmen.« Ja, er habe Fehler gemacht, sagt Bräsel. AfD oder NPD wähle er aber nicht, ebenso wenig wie die anderen Parteien. Als Wirt wolle er sich nicht politisch positionieren: »Ich möchte einfach bloß meinen Laden hier haben. Meine Geschäfte hier machen und vorwärtskommen. Was jetzt jeder für eine Gesinnung hat, geht mir komplett am Arsch vorbei.« Er sei mit vielen Leuten befreundet, ja, er grüße auch die Rechten: »Wenn ich jetzt da Abstriche machen würde, wer links ist, wer rechts ist, wer mal da einen Schokoladenpudding aus dem Regal geklaut hat oder eine Schraube beim toom-Markt: Da wär mein Restaurant wahrscheinlich leer. Und das Tag für Tag. Also muss jeder selber für sich entscheiden, wo seine Toleranzgrenzen sind.«

Felix Bräsel ist auch heute noch mit den Leuten hinter »Handwerker Anklam« bei Facebook befreundet. Er hat bei »Hooligans gegen Salafisten« und »Stoppt die Linken« auf »Gefällt mir« geklickt. Auf seinem Bein unterhalb des Knies ist ihm die Vergangenheit in die Haut gestochen: die schwarze Sonne, ein Symbol der rechten Szene. Bräsel sagt, er habe es sich aus Verbundenheit mit seiner Heimat stechen lassen. »Die lass ich mir auch nicht weglassen, weil es halt immer ein Bild dafür ist, wo ich mal stand. Wo ich mal war. Wieso soll ich mir eine schwarze Sonne weglassen lassen? Hat ja keinerlei Bedeutung.«

Es gebe andere Themen, über die er sich aufrege, sagt Bräsel. Zum Beispiel die dürftige Einrichtung des Kindergartens. Als er die gesehen habe, »hat mich das mehr gestört, als ob jetzt der Opa an der Ecke rechtsradikal ist. Das ist für mich belanglos.« Michael Galander steht vor der Aufgabe, zu beurteilen, ob das glaubwürdig ist. Seine Stadt soll wieder Heimat werden für Rückkehrer und Zugezogene. Wo sind die Grenzen? Wann endet Toleranz, wann stärkt eine Stadt die extremen Kräfte, die eine andere Heimat wollen: eine, die fremde Menschen ausschließt und die zum Nährboden für gefährliche Ideologien wird?

Galander hat einen Termin, der Besuch wartet bereits im Vorzimmer. Er ist wieder ganz der Bürgermeister, der die Stadt nach vorne bringen will. Ein letzter Satz noch: »Okay, jetzt ist auch gut, und jetzt lass den Jungen da sein Steakhaus machen, und da gehe ich jetzt auch mit Gästen hin, und dann ist diese Sache erledigt.«

21.2.2019 N^o 9 [ZEITMAGAZIN]

Hinter der Geschichte: Unsere Autoren Julia Friedrichs und Andreas Spinrath sind Teil des Redaktionsteams »docupy« (Bild- und Tonfabrik/WDR). Christian Fuchs und Astrid Geisler arbeiten im gemeinsamen Investigativressort von ZEIT und ZEIT ONLINE. Die Dokumentation »Heimatland« über Anklam von Julia Friedrichs, Fabienne Hurst und Andreas Spinrath ist am 25. Februar um 20.15 Uhr in der ARD zu sehen